



Genocide Alert e.V.

Jahresbericht 2017

Projekte

Erfolge

Finanzen

Veröffentlichungen


Editorial

Liebe Mitglieder von Genocide Alert,

das Verhindern von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen zählt zur deutschen Staatsraison, erklärte die Bundesregierung in den neuen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Die Erhebung des Verhinderns von Massenverbrechen zur deutschen Staatsraison und das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur Schutzverantwortung in den im Juni 2017 verabschiedeten Leitlinien sind große und greifbare Erfolge unserer Arbeit im Rahmen des PeaceLab-Prozesses zur Formulierung der Leitlinien aus dem Jahr 2016.

Wie der damalige Außenminister Sigmar Gabriel es formulierte, geben die Leitlinien einen politischen Kompass für die kommenden Jahre vor. Für die Bundesrepublik gilt es nun, diesen Kompass zur Identifizierung konkreter Wege und Schritte zu nutzen. Dabei engagieren auch wir uns weiter: Etwa mit einem PeaceLab-Beitrag zur Verbesserung der Frühwarnung, insbesondere aber mit dem vom Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation finanzierten Parlamentarierprojekt zur Prävention von Massenverbrechen. Im Rahmen des Projektes haben wir Gespräche mit Abgeordneten und Bundestagsmitarbeitern geführt, eine Diskussionsveranstaltung im Bundestag organisiert und einen umfangreichen Handlungsleitfaden für Parlamentarier mit Handlungsoptionen zur Prävention von Massenverbrechen erstellt. Auch unser Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl erhielt erhebliche Aufmerksamkeit. Mit unserem Buchprojekt zu Deutschlands Politik gegenüber Massenverbrechen und ersten Blogartikeln stoßen wir eine Debatte zu vergangenen Bemühungen an. Sowohl erste Erkenntnisse des Projektes sowie die zahlreichen von uns geführten Gespräche mit Experten demonstrieren, dass Deutschland einen eigenständigen Ansatz zur Massenverbrechensprävention benötigt.

Auch international waren wir in diesem Jahr vertreten: Nach unserer Teilnahme am IFAIR-Forum „Common Remembrance, Future Relations“ haben wir mit dem israelischen Museum Beit Terezin begonnen, das Kunstprojekt „pARTs of Terezin“ zu planen. Zudem brachten wir uns bei der Global Parliamentarians - Konferenz in Den Haag zur Prävention von Massenverbrechen ein, die wir künftig mitorganisieren werden. Derartige Erfolge werden vom Engagement der zahlreichen ehrenamtlich Aktiven sowie den Unterstützern des Vereins getragen. Ihnen gebührt daher der besondere Dank des gesamten Vorstands!



Dr. Robert Schütte,
Vorstandsvorsitzender von Genocide Alert e.V.

Inhaltsverzeichnis

Parlamentarier-Projekt zur Prävention von Massenverbrechen	4
Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl 2017	6
Deutschlands Politik gegenüber Massenverbrechen – Ein historischer Überblick	7
Vorbereitung eines Kunst-Projekts mit Holocaustüberlebenden: „pARTs of Terezin“ in Kooperation mit dem israelischem Museum Beit Terezin	8
Veröffentlichungen.....	10
Genocide Alert auf Veranstaltungen	11
Interviews mit Genocide Alert	12
Gut vernetzt – Kooperationspartner.....	13
Finanzbericht: Das Jahr in Zahlen	14
Ausblick.....	15
Impressum	16

Parlamentarier-Projekt zur Prävention von Massenverbrechen

Mit Finanzierung durch das Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation (AIPR) haben wir im Jahr 2017 ein Projekt zu Möglichkeiten parlamentarischen Engagements zur Prävention von Massenverbrechen durchgeführt. Die Kooperation zielte kurz- bis mittelfristig auf den Anstoß einer entsprechenden parlamentarischen Debatte und langfristig auf die Etablierung eines nationalen Mechanismus zur Prävention von Massenverbrechen ab.

Das war im Wahlkampfjahr ganz besonders schwierig, aber umso wichtiger. Denn während in anderen Staaten bereits nationale Mechanismen zur Prävention von Massenverbrechen etabliert wurden, besitzt die Bundesrepublik bislang einen Blinden Fleck bei der frühzeitigen Erkennung und Prävention von Massenverbrechen. In Deutschland existiert neben dem – momentan in Überarbeitung befindlichen – Genocide Alert Monitor schlicht kein System zur Beobachtung von kritischen Entwicklungen. Die Politik reagiert auf Risikosituationen wie in Myanmar daher weiterhin oftmals zu spät und unzureichend. Wie Syrien, Sudan, der Südsudan und Nigeria unterstreichen, sind einmal ausgebrochene Massenverbrechen zudem nur sehr schwierig und enorm kostspielig zu stoppen.

Mit unserem Projekt wollen wir eine Debatte über effektiveres frühzeitiges Handeln anstoßen, die zur Etablierung eines nationalen Mechanismus zur Prävention von Massenverbrechen führen soll. Beispiele für derartige Mechanismen stellen etwa das US-amerikanische Atrocity Prevention Board und die Genocide Prevention Committees der International Conference on the Great Lakes Region dar. Diese nutzen, wie die Vereinten Nationen, Forschungsergebnisse zu spezifischen Indikatoren, Akteursmotivationen und Eskalationsdynamien zur frühzeitigen Erkennung von Massenverbrechen und koordinieren präventives Engagement in ressortübergreifenden Gremien.



Roundtable-Diskussion im Bundestag mit der Außen- und Sicherheitspolitische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter/innen (ASVP) am 13. Juli 2017

Auch wenn die konkrete Ausgestaltung der Außenpolitik in den Händen der Bundesregierung liegt, so hat unter anderem die Bilanz des US-amerikanischen Atrocity Prevention Boards unterstrichen, wie wichtig öffentlicher Rückhalt und parlamentarische Unterstützung für den Einfluss derartiger Institutionen und Mechanismen sind, damit sie auch in Folgereregierungen ihre Relevanz beibehalten.

Für das Projekt haben wir Jens Stappenbeck als Projektleiter beschäftigt, eine Prak-

tikantin eingestellt und einen Co-Working-Space bezogen. In Gesprächen mit Bundestagbüros, zahlreichen nicht-staatlichen Akteuren und internationalen Experten im Rahmen von extern organisierten Veranstaltungen konnten wir Ideen für eine Strategie zu parlamentarischen Engagement und Konzepte zur effektiveren Prävention erarbeiten.

Im Rahmen des Projektes haben wir eine Roundtable-Diskussion im Bundestag organisiert, die wir gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter/innen (ASVP) am 13. Juli 2017 durchgeführt haben. Dort berichtete unter anderem Dr. Kate Ferguson (Direktorin Protection Approaches, UK) über parlamentarisches Engagement in Großbritannien.



Roundtable-Diskussion im Bundestag mit der Außen- und Sicherheitspolitische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter/innen (ASVP) am 13. Juli 2017

Zum Projektabschluss zeigt Genocide Alert in einem Handlungsleitfaden für Parlamentarier blinde Flecken innerhalb der Bundesrepublik und 27 konkrete Handlungsoptionen auf. Diese reichen von persönlichen Engagement, der Teilnahme an Parlamentariernetzwerken hin zu konkreter Ausschussarbeit. Einen besonderen Fokus haben wir dabei vor allem auf den Unterausschuss Zivile Krisenprävention gelegt, der sich unter anderem für die Erstellung eines Bestandsberichts zur Prävention durch die Regierung einsetzen sollte. Der 30-seitige

Handlungsleitfaden wurde aufgrund der langwierigen Regierungsbildung erst 2018 veröffentlicht und ist zu finden unter: <http://www.genocide-alert.de/wp-content/uploads/2018/04/GA-Policy-Paper-Handlungsleitfaden-f%C3%BCr-Parlamentarier-zur-Pr%C3%A4vention-von-Massenverbrechen.pdf>.

Ein Bestandsbericht sollte Kapazitäten in allen relevanten Ministerien zusammenstellen, einen Überblick über Zuständigkeiten und Handlungsoptionen bieten, Instrumente definieren, die sich zur frühzeitigen Prävention eignen und ein Konzept vorschlagen, wie die Bundesregierung ihr präventives Engagement koordinieren sollte. Kurzum: Der Bestandsbericht sollte einen Vorschlag für einen nationalen Mechanismus zur Prävention von Massenverbrechen entwickeln. Die Strukturen der zivilen Krisenprävention sind derart aufgestellt, dass dringend nötige Verbesserungen nicht nur machbar, sondern im Zuge der aktuellen Neustrukturierung auch kostengünstig sind. Für das Jahr 2018 gilt es, diese Erkenntnisse nun in konkrete Taten umzusetzen. Das bedeutet für uns: Unsere Forderungen in persönlichen Treffen mit Parlamentariern zu diskutieren und in die praktische Arbeit einzubringen, Gespräche mit zuständigen Mitarbeitern in relevanten Ministerien zu führen und öffentlichen Druck zur Umsetzung der Staatsraison aufzubauen.

Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl 2017

Im September 2017 haben wir das Genocide Alert Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl veröffentlicht. Mit dem Menschenrechtszeugnis wollte Genocide Alert jenen Wählern eine Orientierungshilfe bieten, die ihre Stimme bei der Bundestagswahl für eine starke Menschenrechtspolitik abgeben wollten. Das Menschenrechtszeugnis bewertete die Politikvorhaben der absehbar nach der Wahl im Bundestag vertretenen Parteien anhand ihrer Wahlprogramme und ihrer Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zur Prävention von Massenverbrechen.

Um eine möglichst große Vergleichbarkeit herzustellen, wurde keine Bewertung der vergangenen Legislaturperiode vorgenommen. Stattdessen wurden die Parteien anhand eines Kriterienkatalogs, der an ihre Wahlprogramme angelegt wurde und anhand ihrer Antworten auf unsere Wahlprüfsteine bewertet. Je ausführlicher und differenzierter sich die Parteien zum Thema Menschenrechte positioniert haben, desto besser wurden sie bewertet. Besonderer Wert wurde auf die Frage gelegt, ob und wie sich die Parteien zur Verhinderung und Bestrafung schwerster Menschenrechtsverletzungen positionieren. Neben der Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes und der sogenannten Schutzverantwortung (engl.: Responsibility to Protect) spielten hierbei auch die Unterstützung der Vereinten Nationen, die Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen sowie die Konfliktprävention und Krisenreaktion eine herausgehobene Rolle.

Mit der Note sehr gut (1) erhielten die Grünen das beste Menschenrechtszeugnis, gefolgt von der SPD (2+, voll gut). Laut unserer Auswertung waren die Wahlprogramme und Antworten der beiden Parteien am überzeugendsten hinsichtlich des Einsatzes für den weltweiten Schutz der Menschenrechte. Neben einem klaren Bekenntnis zum Menschenrechtsschutz präsentierten sie auch konkrete Konzepte zur Umsetzung in der Praxis. Die FDP folgte auf Platz drei (2, gut). Die Linkspartei lag mit einer 4+ (voll ausreichend) im Mittelfeld. Die Union enttäuschte mit einer 4- (noch ausreichend). Die AfD (5-, mangelhaft) fiel durch und belegte mit Abstand den letzten Platz.

Am 19. September übergab unser Vorsitzender Dr. Robert Schütte das Menschenrechtszeugnis mit der Note „1, sehr gut“ an den Bundesgeschäftsführer der Grünen Michael Kellner.



Das Menschenrechtszeugnis mit detaillierten Angaben zu den Ergebnissen der einzelnen Parteien und mit den Antworten auf unsere Wahlprüfsteine sowie Erläuterungen zur Methodik ist hier zu finden:

www.genocide-alert.de/projekte/menschenrechtszeugnis-zur-bundestagswahl-2017/

Deutschlands Politik gegenüber Massenverbrechen – Ein historischer Überblick

Das Rollenverständnis Deutschlands in den internationalen Beziehungen hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts erheblich verändert: Vom Streben nach Macht und Einfluss, das in zwei Weltkriegen mündete hin zur Selbstsicht als Zivilmacht. Während in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts Massenverbrechen nicht nur in Kauf genommen, sondern präzise geplant und industriell durchgeführt wurden, sind heute Multilateralismus, Freihandel, friedliche Konfliktlösung und der Schutz von Menschenrechten Ziele der deutschen Außenpolitik. Die Abkehr von der militärischen Eroberungspolitik und den Gräueltaten des NS-Staates bestimmte die Grundpfeiler der Politik der Bundesrepublik seit 1945. Und doch scheint sich dieser zweite Aspekt deutscher Nachkriegsidentität, nämlich, dass sich derartige Völkermorde und Gräueltaten nie wiederholen dürften, weniger stark im außenpolitischen Handeln niedergeschlagen zu haben. Warum dominierte vom zweiten Weltkrieg bis zum Mauerfall das normative Bekenntnis zu „nie wieder Krieg“ und weniger „nie wieder Auschwitz“ in der deutschen Außenpolitik? Wie und warum hat sich die Debatte im wiedervereinigten Deutschland – insbesondere ab der Kosovo-Intervention 1999 geändert?

Das Projekt versucht diesen für die heutige Außenpolitik außerordentlich wichtigen Wandel in Bezug auf Massenverbrechen zu verstehen. Es wird nachvollzogen, wie sich das deutsche Selbstverständnis in Bezug auf Massenverbrechen in den letzten 100 Jahren verändert hat. Dafür wird untersucht, wie Deutschland auf weltweite Gräueltaten – vom Völkermord an den Armeniern bis hin zu Massenverbrechen in Darfur und Südsudan – reagiert hat. Eine solch systematische Analyse fehlt bis heute in der deutschen Auseinandersetzung mit Massenverbrechen.

Das vorliegende Projekt zielt darauf ab, diese Lücke in der Form einer Buchpublikation zu schließen. Im Rahmen eines Sammelbandprojektes mit einschlägigen Expertinnen und Experten und öffentlichen Begleitveranstaltungen soll neues Licht auf die Änderungen in der deutschen Einstellung gegenüber Massenverbrechen und den Umgang mit diesen geworfen werden. Ziel ist zum einen eine kohärente Analyse deutscher außenpolitischer Debatten und Handlungen im Angesicht solcher Gräueltaten. Der Sammelband soll aufzeigen, ob es ein spezifisch deutsches Verhaltensmuster im Umgang mit Massenverbrechen gibt und inwiefern sich dieses im Lichte nationaler und internationaler politischer Veränderungen gewandelt hat. Zum anderen sollen die Ergebnisse dieser Analyse auf öffentlichen Veranstaltungen in verschiedenen Teilen Deutschlands vorgestellt und deren Relevanz für die Gegenwart mit dem Publikum diskutiert werden. Zum Start des Projektes haben Mitglieder von Genocide Alert bereits Artikel zu den Einzelthemen des Sammelbandes erstellt. Diese können hier eingesehen werden: <http://www.genocide-alert.de/projekte/deutschland-und-massenverbrechen/>

Vorbereitung eines Kunst-Projekts mit Holocaustüberlebenden: „pARTs of Terezin“ in Kooperation mit dem israelischem Museum Beit Terezin

Im Mai 2017 hat Genocide Alert am IFAIR-Forum (Young Initiative on Foreign Affairs and International Relations e.V.) mit dem Titel „Common Remembrance, Future Relations“ teilgenommen. Dort haben sich 19 NGOs aus Armenien, Deutschland, Frankreich, Israel und der Türkei getroffen. Daraus ist ein Projekt entstanden, dass Genocide Alert gemeinsam mit dem israelischen Museum Beit Terezin durchführen will, welches von



IFAIR-Forum Common Remembrance, Future Relations, Mai 2017

Holocaustüberlebenden aus Theresienstadt gegründet wurde. Das Projekt trägt den Titel „pARTs of Terezin“ und soll jeweils bis zu neun deutsche und israelische Kunst-/Theater-/Film oder Design-Studierende mit Holocaust-Überlebenden in Israel und in Theresienstadt (Tschechien) zusammenbringen.

pARTs of Terezin soll aus zwei Phasen bestehen, die jeweils unter künstlerischer und pädagogischer Anleitung stehen sollen. Der erste Teil des Projekts soll für die deutsche und die israelische Gruppe aus je einer Workshop-Phase im Ausland bestehen. Die deutschen KünstlerInnen sollen am Standort des Museums Beit Terezin in Givat Haim (Israel) mit Holocaust-Überlebenden arbeiten. Israelische Studierende sollen im Anschluss nach Theresienstadt (Tschechien) fliegen, um dort ihrerseits die Workshop-Phase mit Holocaust-Überlebenden zu durchlaufen.

Während ihrer Arbeitsphase in Israel bzw. Tschechien sollen sie in Kleingruppen mit jeweils einer/einem Holocaust-Überlebenden zusammenarbeiten. Sie sollen ihre/seine persönliche Geschichte erfahren und darüber hinaus gebildet und sensibilisiert werden. Sie sollen sich dem Erfahrenen und dem historischen Erbe annehmen und ein Kunstprojekt entwickeln, das sich damit auseinandersetzt. Die/der Holocaust-Überlebende soll aktiv in den Bearbeitungsprozess rund um ihre/seine Geschichte mit einbezogen werden und eigene Impulse setzen können. Am Ende der Workshop-Woche sollen die Teilnehmenden ihre Idee präsentieren – diese kann eine Ausstellung, ein Film, ein Theaterstück, oder eine andere Form künstlerischer Dokumentation sein.

Die Auseinandersetzung über die Landesgrenzen hinaus folgt dem Anspruch eines transnationalen Erinnerungskonzepts, bei der Bekanntes durch neue Kenntnisse ergänzt und ebenso herausgefordert werden soll. Diese Anforderungen sollen die beiden Gruppen

nicht unabhängig voneinander bearbeiten. Verschiedene gemeinsame Workshop-Elemente sollen den jungen Menschen aus Deutschland und Israel die Möglichkeit bieten, das Erfahrene und ihre Arbeit zu reflektieren, sich auf verschiedenen Ebenen auszutauschen und zusammen zu entwickeln. Wieder zurück in ihren Heimatländern sollen Kleingruppen nach Fertigstellung ihrer Kunstprojekte ein Event zur öffentlichen Präsentation organisieren (Phase 2). Sie sollen zu den Stimmen der Holocaust-Überlebenden werden und das Gehörte in angemessener Weise in ihrer lokalen Community weitergeben, um dieses historische Erbe mehr Menschen zugänglich zu machen.



Mira Ballmaier beim IFAIR-Forum Common Remembrance, Future Relations im Mai 2017

Um das Projekt umsetzen zu können benötigen wir externe Förderung, um welche wir uns im Jahr 2018 weiter bemühen wollen.

Veröffentlichungen

Artikel auf der Genocide Alert Homepage 2017

Auch im Jahr 2017 veröffentlichte Genocide Alert zahlreiche Artikel auf der Homepage. Besonders viel Arbeit nahm der im Rahmen unseres Parlamentarierprojektes erstellte Handlungsleitfaden für Parlamentarier zur Prävention von Massenverbrechen in Anspruch. Aufgrund der langwierigen Regierungsbildung wurde das umfangreiche Papier allerdings erst im Jahr 2018 veröffentlicht.

Da wir unser Monitorkonzept derzeit überarbeiten und fördern lassen wollen, haben wir die enorm erfolgreiche Publikationsreihe im Jahr 2017 eingestellt. Nichtsdestotrotz haben wir unseren Monitor weiterhin nutzen können: So verwendete etwa die Berghof Foundation unsere Monitorausgaben aus dem vergangenen Jahr zur Erstellung von Lehrmaterial. Tagesaktuelle und kürzere Beiträge finden sich auch auf unsere Facebook-Seite, die hier abgerufen werden kann: www.facebook.com/GenocideAlert/.

- Die neuen Leitlinien der Bundesregierung: Fortschritte bei der Prävention von Massenverbrechen? (von Jessica von Farkas, 23. März 2017) <http://www.genocide-alert.de/die-neuen-leitlinien-der-bundesregierung-fortschritte-bei-der-praevention-von-massenverbrechen/>
- Genocide Alert wählt neuen Vorstand (1. Mai 2017) <http://www.genocide-alert.de/genocide-alert-waehlt-neuen-vorstand-2/>
- Veranstaltungsbericht: Genocide Alert beim IFAIR-Forum „Common Remembrance, Future Relations“ (von Mira Ballmaier, 23. Juni 2017) <http://www.genocide-alert.de/veranstaltungsbericht-ifair-forum-common-remembrance-future-relations/>
- Die Große Koalition und die Prävention von Massenverbrechen – Ein Resümee (von Emilia von Mettenheim, 8. Juli 2017) <http://www.genocide-alert.de/die-grosse-koalition-und-die-praevention-von-massenverbrechen-ein-resuemee/>
- Menschenrechtszeugnis – Vorgehen bei der Bewertung der Wahlprogramme (17. September 2017) <http://www.genocide-alert.de/menschenrechtszeugnis-vorgehen-bei-der-bewertung-der-wahlprogramme/>
- „Grüne Top, AfD Flop“: Genocide Alert veröffentlicht Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl 2017 (19. September 2017) <http://www.genocide-alert.de/gruene-top-afd-flop-genocide-alert-veroeffentlicht-menschenrechtszeugnis-zur-bundestagswahl-2017/>
- The Plight of the Rohingya – Responsibility to prevent ethnic cleansing? (von Robert Menzies, 28. November 2017) <http://www.genocide-alert.de/the-plight-of-the-rohingya-responsibility-to-prevent-ethnic-cleansing/>

Genocide Alert Policy Briefs 2017

- Frühwarnung weiter denken: Errichtung einer digitalen Vorhersageplattform (von Jens Stappenbeck, 20. März 2017) <http://www.genocide-alert.de/fruehwarnung-weiter-denken-errichtung-einer-digitalen-vorhersageplattform/>

Beiträge für externe Publikationen

- „Frühwarnung weiter denken: Errichtung einer digitalen Vorhersageplattform“ (von Jens Stappenbeck, 16. März 2017). Genocide Alert Beitrag zum PeaceLab2016-Blog zur Begleitung der Ausarbeitung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ <http://www.peacelab2016.de/peacelab2016/debatte/early-action/article/fruehwarnung-weiter-denken-errichtung-einer-digitalen-vorhersageplattform/>

Genocide Alert auf Veranstaltungen

Vorträge und Veranstaltungsteilnahmen durch Genocide Alert Mitglieder 2017:

- „Early Warning and Early Action Dialogue on Managing Transition“, 19. Januar, Berlin. An dem internationalen Workshop, der vom Auswärtigen Amt und der International Crisis Group organisiert wurde, nahm Jens Stappenbeck für Genocide Alert teil.
- „Maintaining the momentum: Deepening Western civil society cooperation on atrocity prevention“, 4.-5. April 2017, Berlin. An der internationalen Konferenz nahm Jens Stappenbeck für Genocide Alert teil. Es waren zahlreiche internationale Organisationen, das Auswärtige Amt und auch einzelne Parlamentarier vertreten.
- „Global parliamentarians: The role of the legislative branch in building national mechanisms for atrocity prevention“, 13.-14. April 2017, Den Haag (Niederlande). An der internationalen Konferenz, die von der Stanley Foundation, dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation, dem Montreal Institute for Genocide and Human Rights Studies, und dem The Hague Institute for Global Justice organisiert wurde, nahmen Jessica von Farkas und Jens Stappenbeck für Genocide Alert teil.
- „Forum Menschenrechte: Gemeinsam für Menschenrechte!“ 15. Mai 2017, Berlin. Auf der Veranstaltung präsentierte das Forum Menschenrechte einen Forderungskatalog für die künftige Bundesregierung und diskutierte Empfehlungen mit den menschenrechtspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen. Für

Genocide Alert besuchten Jens Stappenbeck und Evgenija Kröker die Veranstaltung.

- „Workshop IFAIR-FORUM Common Remembrance, Future Relations“, Veranstaltung vom Young Initiative on Foreign Affairs and International Relations e.V. (IFAIR), 24.-28. Mai 2017, Yerevan (Armenien). Für Genocide Alert nahm Mira Ballmaier teil.
- „Parlamentarisches Engagement zur Prävention von Massenverbrechen“, 13. Juli 2017, Berlin. Auf der von Genocide Alert organisierten Veranstaltung hielt Jens Stappenbeck einen Vortrag zu Möglichkeiten parlamentarischen Engagements. An der in Kooperation mit der Außen- und Sicherheitspolitischen Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter/innen (AVSP) durchgeführten Veranstaltung nahmen für Genocide Alert zudem Evgenija Kröker und Emilia von Mettenheim teil.
- „Mass atrocity prevention in Europe: why civil society matters“, 12.-13. Dezember 2017, University of Leeds (Großbritannien). Auf der internationalen Konferenz des *Women's Network on the R2P, Peace and Security* an der University of Leeds hielt Isabel Tamoj einen Vortrag für Genocide Alert.

Interviews mit Genocide Alert

- **“Revolte FM: Genocide Alert (26. August 2017, Radio Lotte Weimar)** Interview mit Jens Stappenbeck über Projekte und Ziele von Genocide Alert, die Prävention von Massenverbrechen, die Schutzverantwortung und über den Konflikt in Syrien. Das Interview wurde am 26. August 2017 ausgestrahlt und ist nachhörbar auf <http://www.radiolotte.de/radio/revolte.fm-genocide-alert-26373.html>

Gut vernetzt – Kooperationspartner

Genocide Alert arbeitet mit verschiedenen Kooperationspartnern in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene zusammen. Genocide Alert konzentrierte sich im Jahr 2017 vor allem auf die offizielle Kooperation mit dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation und das geförderte Parlamentarierprojekt. Im Kontext des Projektes konnte Genocide Alert an internationalen Veranstaltungen und Workshops teilnehmen und Kooperationen mit neuen Partnern planen. Gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter/innen (AVSP) führten wir im Bundestag eine Veranstaltung zur Prävention von Massenverbrechen durch, zu der auch Dr. Kate Ferguson, die Direktorin von Protection Approaches (UK) anreiste.

Genocide Alert baute im Jahr 2017 Kontakte zum US Holocaust Memorial Museum, der Stanley Foundation, Protection Approaches (UK), dem Global Centre for the Responsibility to Protect und der Gesellschaft für bedrohte Völker aus. Besonders bedanken möchten wir uns bei Natascha Zupan, der Direktorin der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt). Sie diskutierte unter anderem auf unserer Jahreshauptversammlung 2017 Möglichkeiten des Engagements von Genocide Alert und Strukturen und Zielsetzungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit uns.

Die Partner 2017 waren:

- Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation (AIPR)
- Außen- und Sicherheitspolitische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter/innen

Genocide Alert versteht sich als Teil der internationalen Menschenrechtslobby und ist außerdem Mitglied folgender Zusammenschlüsse:

- International Coalition for the Responsibility to Protect
- Justice for Darfur Coalition
- International Campaign to End Genocide
- Coalition for the International Criminal Court
- International Campaign to Stop Rape & Gender Violence in Conflict
- Every Casualty Campaign

Finanzbericht: Das Jahr in Zahlen

Genocide Alert e.V. hat mit dem Jahresabschluss 2017 einen Kontostand von 5.372,56€ und steigerte damit sein Barvermögen um 1.119,66€ im Vergleich zum Vorjahr (4.253,02€). Zum Jahreswechsel betrug das Saldo sogar 9.626,70€, wovon allerdings 4.588,17€ fester Bestandteil des vom Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation (AIPR) finanzierten Parlamentarierprojektes waren und Anfang 2018 zurück überwiesen wurden. Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sind im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleichgeblieben. Die Ausgaben sind insbesondere durch die gestiegenen Personalkosten in der ersten Hälfte des Jahres deutlich höher gewesen. Da diese aber über das AIPR-Projekt abgedeckt werden, sind die regulären Verwaltungskosten im Bereich des Vorjahres.

Die Mitgliedsbeiträge bleiben mit 3.889,00€ pro Jahr die größte regelmäßige Einnahmequelle von Genocide Alert. Die derzeitige Mitgliedszahl liegt bei 59. Im Laufe des Jahres konnten wir einige Neumitglieder gewinnen, mussten uns aber auch von einigen verabschieden. Die durchschnittlichen Einnahmen pro Monat belaufen sich auf 324,08€ und konnten somit im dritten Jahr in Folge gesteigert werden. Das Spendenaufkommen ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

In das Aushängeschild 2017, das AIPR Parlamentarier-Projekt, sind am meisten zeitliche und finanzielle Ressourcen geflossen. Aus dem Projekt haben sich einige Anschlusskontakte entwickelt, über die wir weitere Projektförderungen im nächsten Jahr anstreben.

Gemeinsam mit dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation, der Stanley Foundation und ASEAN Parliamentarians for Human Rights haben wir etwa bereits mit der Planung eines Global Parliamentarians Programs für 2018/2019 begonnen.

Ausblick

Genocide Alert ist mit bedeutenden Veränderungen ins Jahr 2018 gestartet: Am 5. Mai 2018 fand unsere Jahreshauptversammlung in Berlin statt und ein neuer Vorstand wurde gewählt. Dabei ging der Vorsitz von unserem langjährigen Vorsitzenden Robert Schütte, der dem Verein seit der Gründung 2007 vorstand, an Gregor Hofmann über. Seit der Gründung von Genocide Alert e.V. in einem Café am Friesenplatz in Köln im Jahr 2007 hat sich der Verein immer weiter professionalisiert. Robert hat dies von Anfang an vorangetrieben und kann auf eine Zeit als Vorsitzender zurückblicken, in der sich Genocide Alert in der deutschen Politiklandschaft etablieren konnte. Wir danken Robert für sein ununterbrochenes und enormes Engagement und die Energie mit der er Genocide Alert aufgebaut hat und freuen uns sehr, dass er uns als Vorstandsmitglied erhalten bleibt. Mira Ballmaier und Jessica von Farkas werden dem neuen Vorstand nicht mehr angehören. Auch ihnen gebührt unser Dank für ihre Arbeit für Genocide Alert! Neben Robert und Gregor, wird auch Emilia von Mettenheim dem Vorstand weiterhin angehören. Neu in den Vorstand gewählt wurden Robin Hering und Mark Twisselmann. Jens Stappenbeck wird zukünftig die Geschäftsführung des Vereins übernehmen und hat daher nicht nochmals für den Vorstand kandidiert.

Genocide Alert steht ein spannendes Jahr bevor: Nach der langen Regierungsbildung und der Einrichtung der Ausschüsse im Bundestag, haben wir im April 2018 unseren Handlungsleitfaden mit 27 konkreten Möglichkeiten parlamentarischen Engagements zur Prävention von Massenverbrechen veröffentlicht. Diese Vorschläge werden wir 2018 in persönlichen Gesprächen mit Abgeordneten im Bundestag diskutieren. Wir hoffen darüber, auf eine Sitzung des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln zur Prävention von Massenverbrechen hinzuwirken.

Auch ein Policy Brief für die Bundesregierung ist bereits in Entstehung. Dort formulieren wir Kernforderungen an die Bundesregierung und arbeiten vor allem die Notwendigkeit eines Bestandsberichtes heraus. Ein solcher Bestandsbericht soll Kapazitäten in allen relevanten Ministerien zusammenstellen, einen Überblick über Zuständigkeiten und Handlungsoptionen bieten, Instrumente definieren, die sich zur frühzeitigen Prävention eignen und ein Konzept vorschlagen, wie die Bundesregierung ihr präventives Engagement koordinieren sollte. Kurzum: Der Bestandsbericht sollte einen Vorschlag für einen nationalen Mechanismus zur Prävention von Massenverbrechen entwickeln.

Zudem arbeiten wir an einem Neustart unseres Monitorprojektes, das künftig durch entsprechende Finanzierung abgedeckt und professionalisiert werden soll. Dadurch können wir einen entscheidenden Beitrag zur frühzeitigen Identifizierung von Massenverbrechen und eine frühzeitigere zivile Prävention leisten. Auch an der Umsetzung unseres Buchprojektes und dem Kunstprojekt werden wir eifrig arbeiten.



Jahresbericht 2017

Bereits jetzt konzipieren wir in Kooperation mit dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation, der Stanley Foundation und ASEAN Parliamentarians for Human Rights zudem ein internationales Parlamentariertreffen zur Prävention von Massenverbrechen, das internationale Experten, den VN-Sonderbeauftragten für die Schutzverantwortung und Parlamentarier zusammenbringen und vernetzen soll. An einem mehrtägigen Workshop des Global Parliamentarians Programs haben wir im Jahr 2017 auf Einladung des AIPRs bereits als Gast teilgenommen. Im Mai 2018 werden wir zudem am internationalen Workshop der Global Action Against Mass Atrocity Crimes (GAAMAC) in Uganda teilnehmen, auf dem ebenfalls internationale Experten und Regierungsvertreter die Etablierung nationaler Mechanismen diskutieren werden.

Unsere Arbeit bleibt also spannend. Wir bleiben auch 2018 am Ball und werden uns für eine wirksame Verhinderung und Bestrafung schwerster Menschenrechtsverbrechen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzen.



Impressum

Vi.S.d.P.: Gregor Hofmann

Mai 2018

Kontakt: info@genocide-alert.de

Genocide Alert e.V.

c/o Robert Schütte

Michaelstraße 3

50676 Köln